

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marion Schneid (CDU)
– Drucksache 17/10573 –

Pfälzer Rechtsrock-Szene

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/10573** – vom 14. November 2019 hat folgenden Wortlaut:

Mit Rechtsrock-Musik werden Millionen Euro verdient. Auch in Rheinland-Pfalz hat die Anzahl der Rechtsrock-Konzerte in den vergangenen zwei Jahren wieder zugenommen. Die Auftritte in der Pfalz sind konspirative Konzerte. Die Besucher erfahren erst kurzfristig den Veranstaltungsort. So war für das erste Wochenende im November ein Konzert in der Westpfalz angekündigt (Die Rheinpfalz, 29. Oktober 2019).

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit beobachtet das Land die Veranstaltungen der Rechtsrock-Szene?
2. Auf welche Art und Weise gelingt Ordnungs- und Sicherheitsbehörden des Landes die Überwachung konspirativer Veranstaltungen?
3. Wie begegnet das Land dem Erstarken der Rechtsrock-Szene?
4. Welche Präventionsarbeit leistet das Land im Hinblick auf Jugendliche, damit diese nicht anfällig für rechte Ideologien werden?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Dezember 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Musik ist im Rechtsextremismus in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Faktor. Sie ist als Medium des einschlägigen menschenverachtenden Gedankenguts politischer Impulsgeber und zugleich ein aus Szenesicht unverzichtbares Element, um Identität und Zusammenhalt zu stiften. Darüber hinaus spielt die Musik bei der Nachwuchsgewinnung eine wichtige Rolle. Die Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz beobachtet die rechtsextremistische Musikszene und das damit einhergehende Veranstaltungsgeschehen daher mit Schwerpunkt.

Darüber hinaus hat das im Rahmen des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus bestehende „Beratungsteam Musik“ die aktuellen landesspezifischen und bundesweiten Entwicklungen im Bereich Rechtsrock und rechter Musik im Blick und kann bei Beratungsbedarf hinzugezogen werden.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zu Frage 2:

Ein Ziel der Beobachtung der rechtsextremistischen Musikszene durch den Verfassungsschutz ist die möglichst frühzeitige Aufklärung konspirativer Konzerte bereits im Planungsstadium. Die in diesem Zuge gewonnenen Erkenntnisse werden, soweit dies möglich ist, den Polizeibehörden zur Veranlassung von Maßnahmen in eigener Zuständigkeit übermittelt.

Die Polizei Rheinland-Pfalz begegnet rechtsextremistischen Musikveranstaltungen mit einer Null-Toleranz-Strategie: In Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen kommunalen Verwaltungsbehörden werden alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung der Durchführung ausgeschöpft.

Sofern ein Verbot im Vorfeld nicht möglich ist, überwacht die Polizei die Konzerte mit dem Ziel, mögliche Straftaten frühzeitig zu erkennen und konsequent zu verfolgen sowie bei einem evtl. unfriedlichen Verlauf oder Störungen zeitnah die zulässigen und erforderlichen Maßnahmen bis hin zur vorzeitigen Beendigung zu ergreifen.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung begegnet der Entwicklung im Rechtsextremismus insgesamt und damit auch der seitens der rechtsextremistischen Musikszene weiterhin mit größtem Nachdruck. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat für sie eine hohe Priorität. In diesem Sinne hält die Landesregierung an ihrer bewährten Strategie fest, die auf die Beobachtung der Szene, konsequentes Einschreiten, umfassende Prävention und Hilfen für den Ausstieg setzt.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zu Frage 4:

Die Präventionsarbeit der Landesregierung ist gegen jede Form des Extremismus gerichtet. Sie wird in vielfältiger Form mit Priorität betrieben und ist auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt. Vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte und mit Blick auf die aktuelle Lageentwicklung hat die Rechtsextremismusprävention eine hervorgehobene Bedeutung. Besonderes Augenmerk gilt dabei jungen Menschen. Primärziele sind, Jugendliche gegen extremistisches Gedankengut zu wappnen und sie möglichst frühzeitig am demokratischen Leben teilhaben zu lassen. Ebenso wichtig ist es, jungen Menschen, die sich verstrickt haben, den Weg aus der (rechts-)extremistischen Szene zu ebnen. In diesem Sinne beispielhaft sind:

Die beim Verfassungsschutz eingerichtete Präventionsagentur gegen Extremismus informiert mittels Publikationen und nicht zuletzt im Dialog mit Jugendlichen und mit verschiedenen Veranstaltungsformaten unter dem Motto „Prävention durch Information“ über den Rechtsextremismus, seine Weltanschauung und die aktuelle rechtsextremistische Szene. Beispielhaft sind die Beteiligung an den „Studenten gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung“ für Schülerinnen und Schüler im Weiterbildungszentrum Ingelheim sowie an den jährlichen Landesdemokratietagen.

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ initiiert eigene Kampagnen und Projekte gegen (Rechts-)Extremismus, die mit gut vernetzten Kooperationspartnern vor Ort in den Kommunen umgesetzt werden. Beispielhaft seien an dieser Stelle folgende Initiativen genannt:

- Kinoseminare „Die Lügen der Nazis“: Angebot für Schulen, im Rahmen dessen pädagogisch begleitet und aufbereitet sogenannte Vorbehaltsfilme (originale Propagandafilme aus der NS-Zeit) gezeigt und diskutiert werden.
- Theaterseminare: Angebot für Schulen, welches durch den erlebnisorientierten Zugang sowie umfangreiche pädagogische Nachbehandlungen zur Wertevermittlung (beispielsweise Toleranz, Empathie, Demokratieverständnis, Zivilcourage) beiträgt.
- Für ein Buntes Miteinander: Projekt für mehr Toleranz und gegen Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art im Sport. Neben Schulungen für Multiplikator/innen zu ausgewählten Aspekten aus dem Phänomenbereich (z. B. Vortrag zu Rechtsrock) wird vor allen Dingen durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen (z. B. Stadiondurchsagen, Artikel, Internetbeiträge) versucht, für das Thema „Rassismus und Diskriminierung“ zu sensibilisieren und so Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Darüber hinaus gewährt die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Rahmen ihrer Haushaltsmittel finanzielle Zuwendungen für kriminalpräventive Projekte.

Das für die Bund-Länder-Zusammenarbeit im Rahmen der polizeilichen Prävention federführende Programm „Polizeiliche Kriminalprävention“ hat Präventionsthemen speziell für Jugendliche aufgearbeitet. Diese sind unter dem Internet-Portal www.polizeifuehrdich.de abrufbar.

Die Polizei Rheinland-Pfalz vermittelt ferner vielfältige zielgruppenspezifische Präventions- und Hilfsangebote für Jugendliche und Heranwachsende gemeinsam mit Netzwerkpartnern, wie z. B. Schulen, anderen Behörden, sozialen und karitativen Einrichtungen sowie Verbraucherzentralen. Beispielhaft sei hier die Initiative des Landeskriminalamts (LKA) gemeinsam mit dem Pädagogischen Landesinstitut und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) zu nennen, die anlässlich des Landeselterntags und der Fachmesse für Lehrerinnen und Lehrer „IMEDIA“ Informationsstände und Workshops anbot. LMK und LKA arbeiten darüber hinaus im gemeinsamen Projekt zur Stärkung der Medienkompetenz www.klicksafe.de zusammen. Erweitert wird dieses Netzwerk zur Steigerung der Medienkompetenz von Jugendlichen durch die Zusammenarbeit mit jugendschutz.net.

Aufgeführt sind nachfolgend auch Programme und Projekte, die über den Bereich Rechtsextremismus hinaus gegen andere extremistische und demokratiegefährdende Entwicklungen in der Gesellschaft wirken:

- Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Maßnahmen von Verbänden und Kommunen bieten in oft langfristigen Angeboten jungen Menschen Erfahrungsräume für selbstbestimmte und selbstgesteuerte Bildungs- und Lernprozesse. Insgesamt wird ihre Selbstwirksamkeit gestärkt – ein wichtiges Element, um Resilienz aufzubauen und zu erhalten. Chancen und Stärken demokratischer Werte werden hierin vermittelt, erlebt und gefestigt. Dies schützt junge Menschen vor dem scheinbaren Reiz antidemokratischer und gewaltfördernder rechts-extremer Ideologien.

- jugendschutz.net

Ein Kernbereich der Arbeit von jugendschutz.net im Bereich Rechtsextremismus ist die kontinuierliche Beobachtung rechts-extremer Onlinepräsenz, ihrer Kommunikations- und Rekrutierungsstrategien sowie der daraus hervorgehenden Gefährdungslagen für junge Userinnen und User. Die Leitplanken des Monitorings, die auf vielfältiger Weise miteinander verwoben sind,

bilden dabei die Jugendaffinität der Angebote, die Reichweite, ihre Aktualität sowie das Gefährdungspotenzial. Die gewonnenen Erkenntnisse aus dem kontinuierlichen Monitoring bilden für jugendschutz.net die Grundlage, um fundierte Informationsangebote, pädagogische Konzepte sowie Strategien zur Bekämpfung gefährdender Inhalte und Angebote zu entwickeln. jugendschutz.net wird unter anderem von Bund, den Ländern und den Landesmedienanstalten finanziert und hat seinen Sitz in Rheinland-Pfalz.

- Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Unter Einbeziehung aller Ressorts und zivilgesellschaftlicher Gruppen wird ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erstellt. Verwaltung und Zivilgesellschaft müssen gegenüber Diskriminierungs- und Ausgrenzungsstrukturen weiter sensibilisiert werden. Der zu publizierende Aktionsplan informiert daher zunächst über die Wirkungsformen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und deren Gefahren für die Gesellschaft. Ein zentraler Teil werden darüber hinaus die Maßnahmen sein, die zur Umsetzung der Ziele vorgeschlagen werden. Bis Sommer 2020 soll der Landesaktionsplan fertiggestellt werden.

- Netzwerk für Demokratie und Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist seit 2002 in Rheinland-Pfalz aktiv und wird von vielen Jugendverbänden getragen. Die Federführung hat die DGB-Jugend inne. Das NDC wird seit 2002 durch das Jugendministerium gefördert. Im NDC engagieren sich junge Menschen ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken. Hauptarbeitsfeld des NDC ist die Durchführung von Projekttagen an Schulen, in Jugendverbänden und Ausbildungseinrichtungen. Gemeinsam mit den Jugendlichen arbeiten die Teamerinnen und Teamer des NDC zu den Themenfeldern Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen. In den letzten Jahren wurden in durchschnittlich 100 Projekttagen jährlich ca. 2 000 Teilnehmende erreicht. Die Förderung erhöhte sich 2019 um 30 000 auf 85 000 Euro und steigt 2020 auf 105 000 Euro.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung sind folgende Programme angegliedert:

- Die Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert und entwickelt sich zu einem Demokratiezentrum für Rheinland-Pfalz. Die Maßnahmen der Arbeit gegen Rechtsextremismus umfassen sowohl den Bereich der Intervention (einschließlich der mobilen Beratung, der Opfer- und Ausstiegsberatung) als auch den Bereich der Prävention. Im Demokratiezentrum werden projektübergreifend organisiert:
 - Zwei Fachtagungen des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz,
 - zwei Arbeitstreffen der im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Projekte und der 12 Partnerschaften für Demokratie,
 - Ausbau des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“,
 - 12 Kollegiale Beratungstreffen der Landeskoordinierungsstelle mit den mobilen Beratungsteams in Rheinland-Pfalz,
 - Sonderprojekte, wie z. B. Ausstellung „Jüdische Lebenswelten in Deutschland heute“ an zehn Ausstellungsorten.
- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ setzt sich aus über 50 Vertreterinnen und Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen und Verbände sowie zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure zusammen.

Im Netzwerk findet ein kontinuierlicher Austausch über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremen Szene, aktuelle Themen, Aktivitäten und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit statt. 2018 wurden insgesamt vier Beratungsnetzwerkstreffen durchgeführt.

Intensiv besprochen wurden im Jahr 2018 u. a. die Ereignisse in Kandel und die anschließenden rechtsextremen Aktivitäten und der zivilgesellschaftliche Protest dagegen. Darüber hinaus sind rechtspopulistische Strategien und Handlungen weiterhin Thema im Netzwerk. Hierzu werden immer wieder Expertinnen und Experten zu spezifischen Themen und Anlässen geladen, um ihr Wissen in das Netzwerk einfließen zu lassen.

Die neun mobilen Beraterinnen und Berater (Beratungsknoten) in Rheinland-Pfalz werden durch die Landeskoordinierungsstelle kontinuierlich begleitet und vernetzt. In ihrer Arbeit beraten und unterstützen sie Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und fungieren als Sensoren für menschenfeindliche Aktivitäten in ihrer jeweiligen Zuständigkeitsregion.

Im Jahr 2018 haben die Beratungsknoten in Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle 173 Beratungsfälle begleitet und unterstützt.

Im Themenfeld „Rechtsextreme Musik und Musik im ‚Graubereich‘“ hat sich das Beratungsteam Musik als weiteres Beratungsangebot des Beratungsnetzwerks gebildet und landesweit etabliert.

– Aussteigerprogramm „(R)Auswege“ – Einzelfallbetreuung

Rauswege ist ein Aussteigerprogramm für junge Menschen, die sich aus der rechtsextremen Szene lösen wollen. Für die erste Kontaktaufnahme mit den sozialpädagogischen Helferinnen und Helfern von „(R)Auswege“ ist eine kostenfreie anonyme Telefon-Hotline installiert. 2018 gab es 61 intensive telefonische Beratungen. Im Kontakt zu den ausstiegswilligen jungen Menschen sowie zu professionellen Helferinnen und Helfern vor Ort erfolgen Absprachen per E-Mail und über das Handy in Ergänzung zur Telefon-Hotline.

2018 waren fünf Aussteiger und eine Aussteigerin in intensiver Einzelfallbetreuung durch das Programm „(R)Auswege“.

– „RÜCKwege“ – Ausstiegs- und Distanzierungsberatung

„RÜCKwege“ ist mit seinem Angebot eine wichtige und notwendige Ergänzung zum Aussteigerprogramm „(R)Auswege“. Das Projekt eröffnet die Möglichkeit, auf junge Menschen, die an der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, zuzugehen und mit ihnen zu arbeiten, wohingegen das Aussteigerprojekt eine definitive Ausstiegs motivation voraussetzt. 2018 gab es acht intensive Einzelfallbetreuungen.

– „Elterninitiative gegen Rechts – Hilfen für Eltern von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen“

Eltern und sonstigen Angehörigen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen wird eine qualifizierte Beratung und professionelle Begleitung angeboten. Gleichzeitig werden Fachkräfte unterstützt, beispielsweise aus Jugendhilfe, Schulen und Vereinen, die mit betroffenen Eltern im Kontakt sind.

– Partnerschaften für Demokratie

Partnerschaften für Demokratie sind örtliche oder regionale Bündnisse mit der Aufgabe, Verantwortliche auf kommunaler Ebene aus Politik, Verwaltung und der Gesellschaft zusammen zu bringen. Hier werden zur lokalen Problemlage und Situation passende Strategien entwickelt. Zur gemeinsamen Auswertung und weiteren Ausrichtung werden in der jeweiligen Kommune jährlich zwei Demokratiekonferenzen durchgeführt. Zusätzlich sind in den teilnehmenden Kommunen von Jugendlichen selbstständig „Jugendforen“ eingerichtet worden, die als Ziel die Stärkung der Beteiligung junger Menschen haben. Mitte 2019 gibt es in Rheinland-Pfalz 17 Partnerschaften für Demokratie.

– Opferberatung

Die Beratungsstelle m*power in Koblenz ist bei einem privaten Träger angesiedelt. Die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der „Empowerment“-Beratung spiegelt sich in den steigenden Beratungsfällen wider. Neben 16 durchgeführten Vorträgen und Workshops betreute m*power 32 intensive Fälle und führte fünf Gruppenberatungen durch.

Innerhalb der Beratungstätigkeit nimmt die Problematik des zermürend wirkenden interpersonellen und institutionellen (Alltags-)Rassismus gegenüber rassistisch diskreditierten Menschen den größten Teil ein.

M*power ist zudem zentral an der Planung, Gestaltung und Durchführung der Unterstützungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im KiTa-Bereich (ILF und SPFZ) beteiligt.

– Planspiele

Im Rahmen der Bemühungen um die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist die Methode „Planspiel“ aufgegriffen worden. Das Umsetzungskonzept schließt die Ausbildung von Planspielleitungen ein, jedes Planspiel „Demokratie leben!“ wird von zwei pädagogisch geschulten Planspiel-Leiterinnen und -Leitern begleitet. Diese werden stetig weiter fortgebildet, und es findet ein regelmäßiger Austausch zwischen diesen Honorarkräften und der Landeskoordinierungsstelle statt.

Die Planspiel-Szenarien orientieren sich an der aktuellen politischen Situation in Rheinland-Pfalz. Die angebotenen Planspiele beziehen sich auf Phänomene im Bereich Geflüchtetenfeindlichkeit, (Spiel: „Flüchtlinge in unserer Stadt“ – Umgang mit den Vorgängen rund um die Einrichtung einer Unterkunft für Flüchtlinge; Jugendplanspiel „Integration und Schule“), Antisemitismus und Rechtradikalismus (Spiel „Rheinstadt hat andere Sorgen“ – rechtsextreme Agitation gegen eine Holocaust-Gedenkstätte; Jugendplanspiel Antisemitismus) und Muslim-Feindlichkeit (Spiel: „Runder Tisch in Riedelbach“ – Umgang mit den Vorgängen rund um die Einrichtung eines muslimischen Gebetsraums; Jugendplanspiel) sowie auf Populismus (Jugendplanspiel Populismus, Kenntnis und Umgang allgemein mit populistischen Phänomenen).

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sollte sich nicht alleine der Vermeidung von rechtsextremistischen Haltungen widmen, sie muss auch ein positives Gegenbild setzen. Die Gleichzeitigkeit von Demokratieerziehung, die Vermittlung historisch-politischen Wissens, die Durchführung allgemeiner gewaltpräventiver Projekte und gezielt auf Rechtsextremismus angelegte Programme haben die größten Erfolgchancen.

Im Bereich der Bildung muss es darum gehen,

- die Demokratie in und außerhalb von Schulen als Wert erlebbar zu machen,
- jungen Menschen über das Wissen um demokratische Institutionen und Handlungsoptionen eine Teilhabe am demokratischen Staat zu ermöglichen,

- durch zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durchgeführte Gewaltprävention persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen zu trainieren und
- Jugendliche mit gezielten Programmen und Projekten über den Rechtsextremismus aufzuklären, für dessen Unmenschlichkeit zu sensibilisieren und zu couragierter Mitmenschlichkeit zu animieren.

Demokratieerziehung und Extremismusprävention haben die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler im Blick. Zentraler Aspekt ist, die Kinder und Jugendlichen zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement zu befähigen. Gerade vor dem Hintergrund, dass Extremismus und Fremdenfeindlichkeit rational nur schwer zu begegnen ist, stellen die Entwicklung demokratischer Denk- und Verhaltensstrukturen eine wichtige Basis dar, die die Ausbildung sogenannter Soft Skills wie Konfliktlösungskompetenz, emotionale und soziale Intelligenz unterstützen.

Das Ministerium für Bildung stellt seit 1994 entsprechende Fördermittel für diese Präventionsarbeit an Schulen zur Verfügung. Diese Arbeit wird in staatlichen Programmen, die vor allem über das Pädagogische Landesinstitut angeboten und in schulischen Einzelprojekten realisiert werden geleistet. Verantwortet werden die staatlichen Programme (PROPP, PIT, Mobbingfreie Schule sowie Ich und Du und Wir und das Projekt „Schulische Lern- und Lebenswelten“) von der Abteilung Schulpsychologie am Pädagogischen Landesinstitut.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär

